

Neues Geldinstitut

Zurück zu den Bank-Wurzeln

Die heimische Bankenwelt bekommt einen Neuzugang: Globalisierungskritiker planen eine „Demokratische Bank“.

VON IGA NIŽNIK

Diese Bank wird eine Kuriosität. Sie wird so anders sein als alle anderen Banken, dass sich die Menschen aus Neugierde damit beschäftigen werden“, sagt Christian Felber. Der Globalisierungskritiker, seine Kollegen von der Organisation Attac sowie Vertreter der Zivilgesellschaft arbeiten derzeit emsig an der Gründung einer „Demokratischen Bank“, die 2012 in Betrieb gehen soll.

Sie soll eine „Good Bank“ werden. „Sie erfüllt die Kernfunktionen einer Bank, spekuliert nicht, handelt nicht mit Wertpapieren und Derivaten und vertreibt keine Fonds. Sie wandelt die Einlagen der Sparer in möglichst



Christian Felber: Will „anders sein als alle anderen Banken“

günstige Kredite für die Wirtschaft“, fasst Felber zusammen.

Billige Kredite Das Konzept: Die Bank soll nicht gewinnorientiert arbeiten, lediglich die Erhaltungskosten der Bank müssen gedeckt werden. Das bedeute niedrige Zinsen – sowohl für Kreditnehmer als auch für

Sparer. Ziel sei der gesamtwirtschaftliche Mehrwert: „Der Vorteil für die Sparer ist einerseits ein direkter: Fast jeder benötigt einmal im Leben einen Kredit; und andererseits ein indirekter: Je niedriger die Sparzinsen, desto niedriger die Kreditzinsen. Desto einfacher kommen Unternehmen an Kapital, desto mehr Arbeits-

plätze schaffen sie, desto niedriger ist die Arbeitslosigkeit, desto höher sind die Einkommen und desto billiger sind die Produktpreise, weil ja in allen Preisen Zinsen drinnen stecken.“ Die Kreditzinsen für Unternehmen sollen im Durchschnitt 3,5 Prozent nicht überschreiten. Kredite werden nach ökologischem und sozialem Mehrwert vergeben: je gemeinwohlförderlicher, desto günstiger.

Gesellschafter Die Grundidee: Alle Sparer, Kreditnehmer und Gesellschafter sind Eigentümer der Bank und lenken ihre Geschicke auf demokratischem Weg. Als Gesellschafter kann man ab einer Einlage von 1000 Euro einsteigen. Die Bank soll ihren Betrieb in der zweiten Jahreshälfte 2012 aufnehmen, Felber geht von einem Startkapital von zehn Millionen Euro aus. „Wir erwarten die Konzession im ersten Halbjahr 2012, falls wir den Weg der Neugründung beschreiten“, sagt Felber. Die Alternative sei der Ankauf einer beste-

henden Bank und die Übernahme ihrer Lokale.

Felber ist überzeugt, dass die Sparer auch bei tiefen Zinsen nicht ausbleiben werden. „Es ist ein menschliches Grundbedürfnis, anderen Gutes zu tun und einander zu helfen.“ In jeder der rund 2300 österreichischen Gemeinden ist langfristig eine Zweigstelle geplant. Alle Kredite sollen öffentlich einsehbar sein. Ob die Inbetriebnahme 2012 eingehalten werden kann, „hängt damit zusammen, ob alternative Bankfachleute, für die der Aufbau zum Herzensanliegen wird, rasch zu uns finden.“ Derzeit umfasse das ehrenamtliche Arbeitsteam mehr als 50 Personen. Die Löhne der Angestellten sollen um 50 Prozent über dem Mindestlohn liegen, die maximalen Vorstandsgehälter bei etwa 5000 Euro. „Da wir weder Boni noch sechs- oder mehrstellige Gehälter zahlen, sind die Personalkosten bei uns geringer als bei den Global Players“, sagt Felber.

INTERNET
www.demokratische-bank.at

Banken auf Herz und Nieren prüfen

Stresstests – Die Finanzminister der EU haben derzeit ein stressiges Programm zu bewältigen. Heute, Montag, ab 12.30 Uhr beraten die Ressortchefs mit der „Task Force“ unter der Leitung des ständigen EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy über die wirtschaftliche Koordination innerhalb der EU. Ab 17 Uhr treten die Finanzminister der Euro-Länder zusammen, am Dienstag alle EU-Finanzminister.

Schwerpunkt der Tagung sind die so genannten Stresstests, denen gerade die EU-Banken unterzogen werden. Dabei wird überprüft, wie sich die Geldinstitute unter extremen Bedingungen (wie einer neuerlich schweren Rezession) schlagen würden. Die Testergebnisse werden in der zweiten Julihälfte veröffentlicht. Zudem wird Bilanz über die stockenden Verhandlungen in Sachen Finanzmarktaufsicht gezogen. Ein weiterer Punkt ist das grüne Licht für die Aufnahme Estlands in die Eurozone mit Anfang des kommenden Jahres.

Defizite Und nicht zuletzt werden die Finanzminister den Empfehlungen der EU-Kommission folgen und Defizitverfahren gegen Bulgarien, Zypern, Dänemark und Finnland einleiten. 13 EU-Länder, unter ihnen auch Österreich, dürfen dagegen Lob für ihre Anstrengungen zur Korrektur ihrer Budgetdefizite erwarten.

EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta ist gegen die von Deutschland und Frankreich geforderte schnelle Einführung einer Finanztransaktionssteuer: „Wenn die Steuer nachher nicht funktioniert, sind wir die Schuldigen“.



Demokratische Bank: Will sich nur mit Spareinlagen und Krediten beschäftigen. Wertpapiere oder hochspekulative Derivate stehen nicht auf dem Programm

Die Gemeinwohl-Ökonomie

Ein Wirtschaftsmodell mit Zukunft

Zusammenfassung v. Christian Felber

Die Gemeinwohl-Ökonomie erscheint im August 2010 bei Deuticke als 150-Seiten-Buch. Ihre Grundlagen wurden in „Neue Werte für die Wirtschaft“ (Deuticke 2008) erarbeitet. Seither wurde das Modell rund 50mal bei Vorträgen vorgestellt und mit Hilfe von zwei Dutzend (Attac-)UnternehmerInnen weiterentwickelt. Die Veröffentlichung in Buchform hat das Ziel, dem notorischen Diskussions-Dilemma „Wer gegen den Kapitalismus ist, ist für den Kommunismus“ zu entrinnen und eine konkrete Systemalternative vorzulegen. Im Anhang des Buches werden rund 50 Unternehmen das Modell als ErstunterzeichnerInnen unterstützen – als Signal, dass das Modell nicht nur aus dem visionären Elfenbeinturm kommt, sondern auch aus der unternehmerischen Praxis. Die Umsetzungsdiskussion kann sofort beginnen!

1. Die Gemeinwohlökonomie beruht auf denselben **mehrheitsfähigen Werten**, die unsere Beziehungen gelingen lassen: Vertrauensbildung, Kooperation, Wertschätzung, Demokratie, Solidarität. (Nach aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen sind gelingende Beziehungen sind das, was Menschen am glücklichsten macht und am stärksten motiviert.)
2. Der rechtliche Anreizrahmen für die Wirtschaft wird von Gewinnstreben und Konkurrenz umgepolt auf **Gemeinwohlstreben** und **Kooperation**. Unternehmerischer Erfolg wird undefiniert von Gewinn- auf Gemeinwohlstreben.
3. Das Gemeinwohl wird in einem Demokratischen Konvent definiert und in der Verfassung verankert. Gemessen wird das Gemeinwohl in der neuen Hauptbilanz aller Unternehmen: der **Gemeinwohlbilanz**. Die Gemeinwohlbilanz besteht aus „harten“ = messbaren Kriterien für soziale Verantwortung, ökologische Nachhaltigkeit, demokratische Mitbestimmung und Solidarität gegenüber allen „Berührungsgruppen“ (Stakeholder).
4. Die Finanzbilanz wird zur Nebenbilanz. **Kapital** wird vom **Zweck** zum **Mittel**. Es dient nur noch dazu, den Unternehmenszweck (aller Unternehmen) zu erreichen. Darin enthalten sind Einkommen aller im Unternehmen Beschäftigten bis zum 20-fachen des gesetzlichen Mindestlohnes.
5. Die Gemeinwohlbilanz besteht aus verbindlichen **Mindeststandards** und Anreizen für **freiwillige Höherleistungen**. Die sozialsten, ökologischsten, demokratischsten und solidarischsten Unternehmen erhalten jedoch **rechtliche Vorteile** und können dadurch ihre – höheren – Kosten leichter decken: niedrigere Steuern, Zölle, günstigere Kredite, Vorrang beim öffentlichen Einkauf und bei Forschungsprogrammen, ...
6. **Bilanzielle Überschüsse** dürfen verwendet werden für: Investitionen (mit sozialem und ökologischem Mehrwert), Rückzahlung von Krediten, Rückstellungen in einem begrenzten Ausmaß; Ausschüttung an die MitarbeiterInnen (bis zum 20-fachen des Mindestlohns) sowie für zinsfreie Kredite an Mitunternehmen; nicht verwendet werden dürfen Überschüsse für: Ausschüttung an Personen, die nicht im Unternehmen mitarbeiten; Aufkäufe anderer Unternehmen; Investitionen auf den Finanzmärkten (diese gibt es nicht mehr).
7. Da Gewinn kein Ziel mehr ist, können Unternehmen ihre **optimale Größe** anstreben. Sie müssen nicht mehr Angst haben, gefressen zu werden und nicht mehr wachsen, um größer, stärker oder profitabler zu sein als andere. Alle Unternehmen sind **vom allgemeinen Wachstums- und vom wechselseitigen Fresszwang erlöst**.

8. Die **Einkommens- und Vermögensungleichheiten** werden **begrenzt**: die Maximal-Einkommen auf das 20-fache des gesetzlichen Mindestlohns; Privatvermögen auf 10 Millionen Euro; das Schenkungs- und Erbrecht auf 500.000 Euro pro Person; bei Familienunternehmen auf zehn Millionen Euro pro Person. Das darüber hinaus gehende Erbvermögen wird als „**Demokratische Mitgift**“ an alle Nachkommen der Folgegeneration verteilt: gleiches „Startkapital“ bedeutet höhere Chancengleichheit.

9. **Großunternehmen** über 250 Beschäftigten gehen teilweise in das Eigentum der Beschäftigten und der Allgemeinheit über, über 5.000 Beschäftigten zu hundert Prozent. Die Öffentlichkeit wird durch dafür gewählte Abgeordnete „**regionaler Wirtschaftsparlamente**“ vertreten. Die Regierung hat keinen Zugriff auf öffentliche Unternehmen.

10. Das gilt auch für die „**Demokratischen Allmenden**“, die dritte Eigentumskategorie neben der großen Mehrheit (kleiner) Privatunternehmen und eines kleinen Anteils von gemischt-besessenen Großunternehmen. „Demokratische Allmenden“ sind Grundversorgungsbetriebe im Bildungs-, Gesundheits-, Sozial-, Mobilitäts-, Energie- und Kommunikationsbereich: die „Daseinsvorsorge“.

11. Eine wichtige Demokratische Allmende ist die „**Demokratische Bank**“. Sie dient wie alle Unternehmen dem Gemeinwohl und wird wie alle Demokratischen Allmenden vom demokratischen Souverän kontrolliert und nicht von der Regierung. Ihre Kernleistungen sind garantierte Sparvermögen, kostengünstige Kredite, ökosoziale Risikokredite sowie kostenlose Girokonten. Die **Finanzmärkte** in der heutigen Form wird es nicht mehr geben.

12. Die repräsentative Demokratie wird ergänzt durch **direkte Demokratie** und **partizipative Demokratie**. Der Souverän muss seine Vertretung korrigieren, selbst Gesetze initiieren und beschließen und wichtige Bereiche der Wirtschaft – wie die Banken – kontrollieren können.

13. Neben dem demokratischen Wirtschafts- oder Gemeinwohlkonvent werden weitere Konvente für die Vertiefung der Demokratie einberufen: **Bildungskonvent, Medienkonvent, Daseinsvorsorgekonvent**.

14. Um die Werte der Gemeinwohl-Ökonomie ähnlich tief in der neuen Generation zu verankern wie heute das sozialdarwinistische und kapitalistische Menschenbild, schlage ich fünf neue Pflichtgegenstände vor: **Gefühlkunde, Wertekunde, Kommunikationskunde, Demokratiekunde** und **Naturerfahrens- oder Wildniskunde**.

15. Da in der Gemeinwohl-Ökonomie unternehmerischer Erfolg eine ganz andere Bedeutung haben wird als heute und deshalb ganz **andere Führungsqualitäten** gefragt sein werden, werden die sozial verantwortlichsten und kompetentesten, die zum Mitgefühl und zur Empathie fähigen, die über sich hinaus sozial und ökologisch denkenden und fühlenden Menschen tendenziell nachgefragt werden und als Vorbilder gelten.

Wien, im März 2010
www.christian-felber.at